

Das Maß der Mitte
im politischen Denken,
Entscheiden und Handeln
(II. Teil)

Was heißt heute konservativ?

Andreas Rödder

„Bloße Zahlen sind reines Durcheinander“, wussten die Konservativen des neunzehnten Jahrhunderts – „Lügen, verdammte Lügen, Statistiken“, soll Benjamin Disraeli gesteigert haben, und selbst wenn es nicht wörtlich stimmen sollte, ist es jedenfalls treffend zugeschrieben.

Und heute? Zahlen und Quoten allerorten: fünfunddreißig Prozent Krippenplätze, vierzig Prozent Studierende, fünfzig Prozent Frauen, ab einem IQ von 130 Befreiung von Studiengebühren in Freiburg und Konstanz, und die Familienpolitik rechnet mit der Zahl der Kontaktminuten zwischen Eltern und Kindern. Jede OECD-Statistik stürzt das Land in helle Aufregung. Daher beklagt der parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, er finde vierzig Prozent Studierende eines Jahrgangs besser als 37. „Noch sagt er nicht“, so kommentiert Jürgen Kaube in der FAZ, „noch sagt er nicht: fünfzig oder sechzig Prozent, was er aber genauso gut sagen könnte, weil er zwischen ‚besser‘ und ‚mehr‘ gar keinen Unterschied macht. Mehr ist einfach besser.“

Es ist die Herrschaft der Zahl anstelle der Herrschaft des Sinns. Konservative wissen: Das ist Irr-Sinn.

Ein amerikanischer Kollege schwärmte kürzlich von Deutschland und seinen Universitäten. Er freute sich an der funktionierenden Infrastruktur in einem Land, in dem die Flutkatastrophe von New Orleans so sicher nicht passiert wäre – in einem Land, dessen unterfinanzierte Massenuniversitäten zumindest in den

Geisteswissenschaften in der Spitze Studierende ausbilden, die an amerikanischen Top-Universitäten problemlos mithalten können. Sie werden zu eigenständiger kritischer Urteilsfähigkeit gebildet, und das ist nach wie vor ein unschätzbare Vorteil des deutschen Universitätswesens.

Aber: Die Zahlen stimmen im OECD-Vergleich nicht – und deshalb soll das System umgestaltet werden nach amerikanischem Modell, freilich ohne die Finanzmittel der amerikanischen Universitäten. Um auch deutsche Top-Universitäten herauszubilden, hat der Bund eine Exzellenzinitiative gestartet, die Geld in Aussicht stellt. Die Formate der Forschung wurden vorgegeben: Cluster oder Graduate Schools, interdisziplinär und international, und alles auf Englisch. Diese Forschungsförderung geht nicht vom Besonderen, dem wissenschaftlichen Problem, zum Allgemeinen, der Lösungsform, sondern umgekehrt: Die Organisationsform schafft das wissenschaftliche Problem.

Es gibt Projekte innerhalb dieser Exzellenzinitiative, die ganz den Vorgaben gefolgt sind und erfolgreich waren – und bei denen am Schluss die Beteiligten selbst nicht mehr verstanden, was sie sagten und schrieben. Die konservative Frage, ob das eigentlich richtig ist, ist in diesem System falsch gestellt. Und doch ist sie keine falsche Frage. Wir stellen sie nur viel zu selten.

„Leben wir nicht in einer Zeit, in der wir nichts als gegeben annehmen?“ – so

fragte Lord Shaftesbury 1867 im Londoner Oberhaus und zeigt uns zugleich, dass unsere Probleme nicht nur die unseren sind. „Vergeblich argumentieren Sie“, so Shaftesbury weiter, „dass etwas gut ist. Ihr Gegenüber räumt das ein, aber es sagt, dass eine Veränderung es besser machen wird. Welche Einrichtung auf der Welt kann davor bestehen?“

Weil es an Maß und Mitte mangelt, am Sinn dafür, was gut und bewahrenswert ist und was verbessert werden muss, versetzt sich die deutsche Gesellschaft auch mit jeder PISA-Statistik in Hysterie. Was zählt, sind Zahlen, Ranking-Plätze und Modelle. Das gilt auch für die Familienpolitik, neben der Bildung ein konservatives Kernanliegen.

Liberal-konservative Politik zielt darauf, Bedingungen gelingenden Lebens zur Verfügung zu stellen, über dessen individuelle Ausgestaltung der und die Einzelne entscheiden. Gerade in Zeiten der Pluralisierung, der Vielfalt der Lebensformen kann es nicht darum gehen, ein Modell vorzugeben. Konservative Familienpolitik könnte nicht darin bestehen, allein die sogenannte traditionelle Familie zu fördern, in der sich die nicht berufstätige Mutter hauptberuflich um ihre kleinen Kinder kümmert. Konservative Familienpolitik, die Bedingungen für gelingendes Leben schafft, verfolgt die Einrichtung von Krippenplätzen für die Familien, die diese Form der Kleinkinderbetreuung nutzen möchten. Wenn aber Familienpolitik darüber hinausgeht und allein das Modell vollerbstätiger Eltern mit außerhalb der Familie betreuten Kindern fördert, zudem die Familien, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, dezidiert von der Förderung ausschließt, dann ist dies das andere Extrem. Dann ist dies eine Politik, die versucht, ein vorgegebenes Modell durchzusetzen – und das ist gerade nicht konservativ. Und wenn im Übrigen erhebliche Teile der Union allzu gern zugelassen haben, das

Betreuungsgeld als „Herdprämie“ zu diskreditieren und somit die Mütter, die ihre Kleinkinder selbst betreuen, als „Heimchen am Herd“ zu diffamieren, dann hat dies mit einer Politik der Wahlfreiheit – jenseits der materiellen Aspekte – auch nichts zu tun. Das ist Ideologie, und das ist kein Zufall: Deduktives Denken neigt zur Resistenz gegen Erfahrungswerte. Dass eine Steigerung der Studierendenquote auf vierzig Prozent gut sei, sagt nur, wer die Universität, wer die Realität nicht kennt und nicht kennen will. Und so erleben wir immer wieder die Situation, dass Dinge behauptet und durchgesetzt werden, die offenkundig nicht richtig sind oder nicht funktionieren können. Dann ist die Kommunikation, die argumentative Auseinandersetzung am Ende. Doch es bleibt die Aufgabe konservativen Denkens, gegenüber doktrinären Modellen auf Erfahrung zu bestehen.

Gemeinschaft der Bürger

Die Idee der Zivilgesellschaft ist ein großes Dach, unter dem sich mancherlei sehr Unterschiedliches versammelt. Kern der Idee der „Zivilgesellschaft“ ist, dass die Gesellschaft der Bürger, die einer sozialmoralischen Verpflichtung für das Gemeinwesen unterliegen, dass die Bürgergesellschaft Vorrang vor dem allzuständigen Staat hat – sei es der Staat in Form des bürokratischen Macht- oder Obrigkeitsstaates, sei es der umfassende soziale Fürsorgestaat. Darin unterscheidet sich Konservatismus wesentlich von Sozialismus und Sozialdemokratie, darin liegen zugleich die grundlegenden Gemeinsamkeiten mit dem Liberalismus – und auch mit den Grünen, soweit sie nicht dezidiert sozialistisch ausgerichtet sind. Konservatismus auf den Grundlagen der Bürgergesellschaft baut auf Freiheit und Selbstverantwortung der Einzelnen, der Bürger, statt auf staatliche Anleitung und

Steuerung. Im Konservatismus der Bundesrepublik kam zu diesem bürgergesellschaftlichen Ansatz die katholische Soziallehre beziehungsweise die christliche Gesellschaftslehre hinzu. Sie ergänzt das liberale Denken um ein verstärktes Element der sozialen Verantwortung, um die Einzelnen nicht bedingungslos den durchschlagenden Kräften eines freien Marktes, eines entfesselten Kapitalismus zu überlassen, um sie nicht nur zu ökonomisch funktionsfähigen Werkzeugen zu machen.

Soziale Verantwortung

Die christliche Gesellschaftslehre befürwortet den Sozialstaat, sie setzt nicht auf eine radikalliberale Zurückdrängung des Staates, aber sie setzt auch nicht auf das gewerkschaftliche Prinzip möglichst umfassender staatlicher Regulierung und Umverteilung. Vielmehr verbindet sie wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung durch das Prinzip der Subsidiarität: Der oder die Einzelne soll zunächst leisten, was er zu leisten vermag, und sich so weit wie möglich selbst verantworten. Dasselbe gilt für Einheiten von Menschen, vor allem für die Familie – als die berühmte „Keimzelle der Gesellschaft“ –, aber auch für Verbände, Kommunen et cetera. Wenn sie aus sich selbst heraus jedoch nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, dann – aber auch erst dann – haben sie Anspruch auf Hilfe durch die nächsthöhere Einheit. Solidarität ist in dieser Vorstellung keine Einbahnstraße, sondern ein zweiseitiger Prozess, zu dem auch die Solidarität des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen gehört: die Hilfe der Gemeinschaft nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn er oder sie nicht in der Lage ist, sich selbst zu helfen; anders herum: alles zu tun, um die Hilfe der Gemeinschaft nicht in Anspruch nehmen zu müssen. Diese bürgerlich-konservative Idee von sozialer Verantwortung setzt bürgerliche Selbstverant-

wortung voraus – und steht zugleich der allgemeinen Entwicklung entgegen: einem immer weiter vordringenden, allzuständigen Sozialstaat.

Zu viel Staat

In der Bundesrepublik hat der Ausbau des Wohlfahrtsstaates über die bloße Absicherung des Existenzrisikos hinaus bereits in den Fünfzigerjahren begonnen, und gerade in den frühen Siebzigerjahren ist der Sozialstaat so massiv ausgebaut worden, dass er in den Achtzigerjahren bereits reformbedürftig war – aber nicht dauerhaft reformiert wurde. Vielmehr wurde er 1990 auf die neuen Länder übertragen, die ihrerseits von den sozialpolitischen Traditionen der Fürsorgediktatur DDR geprägt waren. Die allgemeine Tendenz in Deutschland über ein halbes Jahrhundert hinweg ist der immer weitere Ausbau des Staates „zum Generalagenten der Lebenszufriedenheit“ der Bürger „mit nahezu allumfassender Zuständigkeit“ (Annette Zimmer). Demgegenüber wollte die CDU mit der sogenannten „Wende“, dem Bonner Regierungswechsel von 1982, die bürgerliche Eigenverantwortung stärken. Und in den Siebzigerjahren fanden sich Elterninitiativen für das Elternrecht in der Erziehung bei der CDU wieder. Heute ist das anders.

Inzwischen ist es im Hinblick auf das konservative Kernanliegen der Familie verbreitete Vorstellung, der Staat könne die Erziehung besser als die Eltern. Die Bundesfamilienministerin sagt explizit, dass es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen christdemokratischer und sozialdemokratischer Familienpolitik gebe. Den gäbe es sehr wohl, aber die CDU hat sich davon auf der Ebene der bundespolitischen Entscheidungsträger weitgehend abgewendet. Aus der CDU selbst heraus kommen Anregungen für eine allgemeine Krippenpflicht. Daraus spricht ein fundamentales Misstrauen

gegen die Familie – die demzufolge gerade nicht mehr die Keimzelle der Gesellschaft ist –, ein grundlegendes und umfassendes Misstrauen gegen den Bürger, dessen Verhalten und Denken stattdessen, etwa durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, immer stärker normiert und reguliert werden soll.

Ein wenig beachteter Aspekt in der Krippenpolitik ist der, dass sie einen neuerlichen massiven Verstaatlichungsschub bedeutet. Die alte Erfahrung, dass Private die Dinge besser können als der Staat, wird dabei vehement geleugnet. Im Gegenteil behauptete eine CDU-Abgeordnete schon 2002, die starke Privatisierung der Kinderbetreuung im Westen müsse noch überwunden werden.

Zwischen Wirtschaft und Staat tut sich übrigens eine eigenartige Koalition gegenüber der Gesellschaft auf: Der regulierende Sozialstaat schützt nämlich nicht mehr nur die Einzelnen vor den Auswüchsen des freien Marktes, sondern er arbeitet zugleich darauf hin, die Einzelnen und die Gesellschaft den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen, und allzu gern sozialisiert die Wirtschaft die Kosten für ihre Rekrutierung von sogenanntem Humankapital. Natürlich ist es für die Politik unabdingbar, ja es ist ihre Aufgabe, Anpassungen an gewandelte ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu leisten. Aber wenn darüber die Autonomie von gesellschaftlichen Größen wie Familie oder Bildung gegenüber einer technokratischen Koalition von Wirtschaft und Staat zunehmend verloren geht, ist das aus konservativer Warte ein großes Problem.

Die Gewichte zwischen Bürger und Staat haben sich verschoben. Immer weiter durchdringt der Staat die Gesellschaft. Selbst wo Deregulierung proklamiert wird wie im Falle der Universitäten, steht am Ende – durch Evaluierungszwang, Mittelvergabe oder politische Vorgaben – mehr Regulierung. Wo bürgerliche Frei-

heit und Selbstverantwortung abnehmen, ist die Bürgergesellschaft Not leidend.

Krise als Chance

Konservatives Denken in Deutschland ist in der Krise. Ein verselbstständigter Sozialstaat und ein zunehmender staatlicher Dirigismus schränken die Bürgerfreiheit ein, weil dem Bürger die Freiheit nicht mehr zugetraut wird. Innerhalb der Gesellschaft besteht kein grundlegender *common sense* über das, was man für falsch und richtig hält. Stattdessen ist eine zunehmend repressive neue Toleranz auf dem Vormarsch, die nur sich selbst kennt. Und weil kein *common sense* besteht, regiert die Zahl, ein Denken in Quantitäten, Zahlenvorgaben und vorgegebenen Modellen ohne pragmatische Rückkopplung an Erfahrungswerte und an die ebenso banale wie elementare Frage: Ist das eigentlich gut und richtig?

Kürzlich äußerte eine Bundestagsabgeordnete – ohne einen Anflug von Ironie, Bedauern oder Selbstkritik –, es gehe doch in der Politik darum, vor den eigenen Leuten gut dazustehen. Die Rückfrage, dies bedeute als Richtschnur des Handelns aber etwas anderes, als sich für das als richtig Erkannte einzusetzen, stieß auf blankes Unverständnis. Die Krise des konservativen Denkens hat auch die Union erreicht, die sich als Heimat der Konservativen begreift. Die CDU hat sich vor einigen Jahren bereits den Begriff abhandeln lassen, als ihr Fraktionsvorsitzender im Bundestag – eigentlich ein liberaler Konservativer – sagte, die CDU sei keine konservative Partei. Und verloren gegangen ist nicht nur der Begriff.

Konservatismus ist mehr als die Bibel, Goethe und ein Sparbuch. Konservatismus ist kein rückwärtsgewandter Traditionalismus von und nach gestern. Er ist auch nicht über einen grimmig-autoritären Staat, einen ideologischen Nationalismus oder ein einseitig traditionelles Frauen- und Familienbild zu bestimmen.

Im Gegenteil: Ideologie und Extreme sind dem Konservatismus fremd. Er steht auf inhaltlichen Wertgrundlagen, für die es keine philosophische Letztbegründung gibt – aber die gibt es für andere politische Strömungen letztlich auch nicht. Diese Wertgrundlagen eines modernen, welt offenen Konservatismus, der von seinen bürgerlich-liberalen und christlich-sozialen Elementen nicht zu trennen ist, liegen – im christlichen Bild vom ebenso unvollkommenen wie unantastbaren Menschen,

- in den Grundrechten und der Verfassungsordnung,
- in den bürgerlichen Werten von leistungsbereiter Selbstständigkeit,
- in sozialmoralischer Gemeinwohlverpflichtung, Bildung und Familie
- sowie in konkreten Einzelfragen, in *common sense* – einem Wissen von falsch und richtig, das, wie Konservative glauben, durch Erfahrung und Instinkt vermittelt wird.

Konservatismus denkt von der Mitte aus, und diese Mitte ist das Fundament, von dem aus Konservatismus Toleranz übt und üben kann. Denn abgesehen von Grundfragen wie Lebensschutz und Menschenwürde, ist konservatives Denken in der Tradition von Maß und Mitte gerade nicht extrem oder radikal, sondern pragmatisch – was durchaus heißen kann, höchst konsequent zu handeln. Aber das ist etwas anderes als deduktiver Radikalismus. Richtlinie konservativer Politik ist nämlich nicht, ein theoretisch

vorgegebenes Modell durchzusetzen, sondern Bedingungen für gelingendes Leben zu schaffen, dessen konkrete Ausgestaltung in der Hand des Einzelnen liegt. Denn konservatives Denken geht vom Einzelnen aus, von der Freiheit und Selbstverantwortung der sozial verantwortlichen Bürger. Dazu gehört im Übrigen auch die Zivilcourage, eine solche Haltung und das als richtig Erkannte öffentlich zu vertreten, auch gegen den *mainstream* in Gesellschaft und Partei, und nicht nur vor den eigenen Leuten gut dastehen zu wollen.

Das heißt freilich nicht zu eifern, im Gegenteil. Konservatives Denken bemüht sich vielmehr um die Kardinaltugend der Besonnenheit – nicht sehr sexy vielleicht im Vergleich zu großen Modellen, Visionen und Utopien, aber doch die entscheidende und letztlich eminent menschenfreundliche Voraussetzung für gelingendes Leben. Solcher Konservatismus ist besonders wichtig in Zeiten des beschleunigten Wandels, um den Wandel verträglich zu machen.

Wenn bislang von der Krise des Konservatismus die Rede war, dann lohnt es sich, zum Abschluss noch einen Blick auf den Begriff der Krise zu werfen: Krise ist nicht automatisch der letzte Schritt vor dem Ende. Die Krise ist vielmehr im medizinischen Sinne der Moment, in dem sich ein Krankheitsverlauf entscheidet, zum Guten oder zum Schlechten. Vielleicht stehen wir gerade an diesem Punkt.

Vorankündigung Oktober

In ihrem Schwerpunkt widmet sich die *Politische Meinung* im Oktoberheft Fragen der Medizintechnik und der Sterbehilfe. Beiträge unter anderem von Karl Zilles, Franz-Josef Bormann und Michael J. Sandel werden sich mit neuen Erkenntnissen der Hirnforschung, mit der Debatte um Sterbehilfe und Optimierung durch Gentechnik befassen.